

Das Differenzbereinigungsverfahren hat den Sinn, dass wir zu Lösungen kommen müssen. Die Zeit drängt für dieses Datenschutzgesetz. Wir brauchen dieses Datenschutzgesetz unbedingt auch im internationalen Bereich, beispielsweise bei der internationalen Kooperation auf dem Gebiet des Asylwesens. Schliesslich muss ich Ihnen sagen: Es wäre schön, wenn wir einmal ein Gesetz ohne Referendum erlassen könnten. Aus all diesen Gründen, und vor allem um der Speditivität willen, bitte ich Sie, der Mehrheit der Kommission zuzustimmen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	75 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	41 Stimmen

Ziff. 3 Art. 321bis Abs. 1¹, 4, 6

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 3 art. 321bis al. 1¹, 4, 6

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ziff. 4, 5

Antrag der Kommission

Streichen

(siehe Zusatzbotschaft Ad 88.032)

Ch. 4, 5

Proposition de la commission

Biffer

(voir message complémentaire Ad 88.032)

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Ad 88.032

Datenschutzgesetz (Datenbearbeitung auf dem Gebiet der Strafverfolgung)

Protection des données. Loi (Traitement des données en matière de poursuite pénale)

Differenzen – Divergences

Siehe Jahrgang 1991, Seite 2323 – Voir année 1991, page 2323

Beschluss des Ständerates vom 29. Januar 1992

Décision du Conseil des Etats du 29 janvier 1992

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Art. 29bis

Antrag der Kommission

Abs. 2bis

Ist die Beschaffung der Daten für die betroffene Person nicht erkennbar, so muss diese nachträglich darüber informiert werden, sofern nicht wichtige

Abs. 3

Die Personendaten dürfen in einem anderen Verfahren verwendet werden, wenn konkrete Anhaltspunkte bestehen, dass sie in diesem Verfahren Aufschluss geben können.

Abs. 4

Erweisen sich Personendaten als unrichtig, so müssen sie von den zuständigen Organen sofort, spätestens aber bei Abschluss des Ermittlungsverfahrens oder der Voruntersuchung

berichtigt werden. Behörden, denen unrichtige oder bestrittene Daten mitgeteilt worden sind, müssen unverzüglich über die Berichtigung oder über den Bestreitungsvermerk (Art. 102bis Abs. 3, 4) benachrichtigt werden.

Abs. 5

Für nicht mehr benötigte Daten gilt Artikel 18 des Datenschutzgesetzes.

Art. 29bis

Proposition de la commission

Al. 2bis

Si des données personnelles sont collectées à l'insu

Al. 3

Les données personnelles peuvent être réutilisées dans le cadre d'une autre procédure lorsque des éléments concrets permettent de présumer qu'elles peuvent apporter des éclaircissements.

Al. 4

Les données personnelles inexactes sont rectifiées par les organes compétents immédiatement, au plus tard à la clôture de la procédure de recherches ou de l'instruction préparatoire. Les autorités auxquelles des données inexactes ou ayant un caractère litigieux ont été communiquées doivent être informées sans délai de la rectification ou de la mention du caractère litigieux (art. 102bis, al. 3, 4).

Al. 5

L'article 18 de la loi sur la protection des données est applicable aux données qui ne sont plus utiles.

M. Cotti, rapporteur: Il n'y a pas de vraie divergence entre les deux Chambres à propos de cet article 29bis. Toutefois, à la suite d'une proposition de la sous-commission de rédaction de langue allemande, votre commission et celle du Conseil des Etats vous proposent une modification de cet article.

La commission du Conseil des Etats chargée d'examiner l'arrêté fédéral sur la consultation de documents du Ministère public de la Confédération a décidé dernièrement que tous les documents soumis à l'arrêté fédéral qui n'étaient plus utiles devaient être versés aux Archives fédérales. Conformément au règlement du 15 juillet 1966 pour les Archives fédérales et aux directives d'application du Département fédéral de l'intérieur, ces documents devraient en principe être archivés. De ce fait, les membres de la Commission de rédaction ont estimé que l'article 29bis devait être adapté à l'arrêté fédéral susmentionné. A leurs yeux, la version actuelle de l'article 29bis met trop l'accent sur la destruction des données, d'où la modification proposée. Toutefois, il ne s'agit pas d'une modification purement formelle mais plutôt d'une modification matérielle. D'autre part, je le répète, il ne subsiste pas de divergence à propos de l'article 29bis et on ne peut donc revenir sur cette question que dans la mesure où les commissions des deux conseils en font la proposition d'un commun accord.

Dès lors, votre commission vous propose d'appliquer au traitement des données inutiles l'article 18 de la loi sur la protection des données, qui règle également la destruction des données et l'obligation d'archivage. Je vous invite à accepter cette modification.

Cincera, Berichterstatter: Dieser neue Vorschlag der Kommission basiert auf einem Entwurf der Redaktionskommission. Diese tagte einen Tag nach der Diskussion zum Dossiereinsichtsbeschluss in der Kommission des Ständerates. Man musste eine Lösung finden, damit die Zusatzbotschaft, die wir hier behandeln, den Beschlüssen bei der Dossiereinsicht nicht widerspricht. Es handelt sich vor allem um die Frage, welche Daten archiviert und welche vernichtet werden.

Mit dem vorgeschlagenen neuen Text zu Artikel 29bis wird eine Lösung vorgeschlagen, die es dem Bundesrat ermöglicht, eine Regelung auf Verordnungsstufe zu treffen. Dazu dient vor allem der Hinweis – in Absatz 5 – auf Artikel 18 des Datenschutzgesetzes. Der Bundesrat wird die Abgrenzungen vornehmen müssen und zu regeln haben, was die Archivierung in bezug auf die Zugriffsbeschränkung bedeutet. Die Kommission empfiehlt Ihnen ohne Gegenstimme, diesem neuen Text zuzustimmen.

Rechsteiner: Ich möchte im Zusammenhang mit Artikel 29bis keinen Antrag stellen, jedoch einige Bemerkungen machen. Mit der neuen Fassung ist der Grundsatz der Archivierung im Sinne der Beschlüsse über die Dossiereinsicht bei der politischen Polizei höher gewertet worden als der Anspruch der Betroffenen auf Vernichtung. Das hat gewisse Vorteile und ist, soweit es die Ablieferung ans Bundesarchiv betrifft, prinzipiell nicht umstritten.

Das Problem stellt sich aber jetzt umgekehrt mit der Frage, ob der Individualschutz bei der Regelung des Gesetzes insgesamt nicht zu kurz kommt. Es stellen sich deshalb bestimmte Fragen, weil bei der Regelung von Artikel 107bis keine Differenzen mehr vorliegen, also nicht mehr darauf zurückgekommen werden kann. Artikel 107bis enthält jedoch in Absatz 2 eine problematische Regelung. Dort steht: «Die Bundesanwaltschaft darf bei ihr oder im Bundesarchiv archivierte Akten für nicht personenbezogene Zwecke sowie für ein anderes Verfahren verwenden, wenn konkrete Anhaltspunkte bestehen, dass sie in diesem Aufschluss geben können.» Das ist nicht bestritten, soweit es sich um Akten handelt, die im sogenannten Zwischenlager bei der Bundesanwaltschaft sind. Es ist aber hochproblematisch in bezug auf Akten, die dem Bundesarchiv abgeliefert worden sind. Dort ist es absolut fragwürdig, wenn die Bundesanwaltschaft noch darauf greifen kann. Das ist nach der Regelung nicht ausgeschlossen, sogar wenn die Verjährungsfrist abgelaufen ist.

Ich möchte deshalb Herrn Bundesrat Koller fragen, ob er bereit ist, im Hinblick auf die neue Regelung bei Artikel 29bis auf eine restriktive Regelung über die Verordnung hinzuwirken. In einem Papier, das uns das Bundesamt für Justiz in letzter Minute noch zugestellt hat, ist sogar von einem Archivgesetz die Rede. Es stellt sich die Frage, ob Herr Bundesrat Koller bereit ist, sich dafür einzusetzen, dass eine klare Regelung in bezug auf die archivierten Daten im Bundesarchiv, die endgelagerten Daten, entsteht.

Weil ich gerade das Wort habe, möchte ich noch zu einem zweiten Problemkomplex im Zusammenhang mit dieser Botschaft sprechen: zur Frage des Ripol und der Aufschaltung des Zentralen Ausländerregisters (ZAR). Sie haben heute wieder eine Bestimmung bekräftigt und bestätigt, die ein zentrales Prinzip des Datenschutzrechts darstellt, nämlich dass es im Bereich der Strafverfolgung – wie überhaupt für On-line-Zugriffe, also für direkte und automatisierte, computergestützte Zugriffe auf Informationssysteme – eine ausdrückliche und besondere Rechtsgrundlage brauche. Wir haben das in Artikel 27 Absatz 2bis des Bundesstrafprozesses festgehalten.

In der «WochenZeitung» von vorletzter Woche war zu lesen, dass plötzlich via Fahndungscomputer Ripol automatisiert auf das Zentrale Ausländerregister durchgegriffen werden kann. Das bedeutet, dass praktisch rund 1,2 Millionen Menschen indirekt on line im Fahndungscomputer sind, ohne dass dafür eine Rechtsgrundlage besteht.

Die Garantie der informationellen Gewaltenteilung und der Datenschutz der betroffenen Menschen können nur dann durchgesetzt werden, wenn diese besondere Rechtsgrundlage besteht, und zwar bei besonders schützenswerten Personendaten sogar auf der Ebene des Gesetzes. Beim ZAR ist nirgends eine besondere Rechtsgrundlage vorhanden, weder auf Verordnungsebene noch auf der Ebene des Gesetzes. Es handelt sich aber zumindest teilweise um besonders schützenswerte Personendaten.

Der Presse konnte man entnehmen, dass diese Aufschaltung offenbar ohne Zustimmung der Departementsspitze vorgenommen worden ist. Die Frage stellt sich, Herr Bundesrat Koller: Lassen Sie sich das einfach bieten, oder was haben Sie dagegen unternommen bzw. gedenken Sie dagegen zu unternehmen?

Es stellt sich auch die Frage, wie sich die Kommission vorkommen muss. Wir führten ein Hearing zur Ripol-Frage in der Kommission durch. Es wurde dort – von mir selbst – ausdrücklich die Frage nach Ausbauwünschen in bezug auf Zugriffe gestellt. Es ist nichts gesagt worden, man hat nichts von Ausbauwünschen gesagt, kein Sterbenswort. Und jetzt, nur einhalb Monate nach diesem Hearing und nach der Behandlung in der Kommission, ist diese Aufschaltung gekommen.

Es stellt sich auch eine letzte Frage an Herrn Bundesrat Koller: In der Kommission wurde ja von Ihnen und von der Verwaltung mehrfach ausdrücklich zugesichert, dass eine europäische Vernetzung, eine Vernetzung via Schengener Informationssystem, via Grosscomputer in Strassburg eine besondere gesetzliche Grundlage brauche, weil es sich um besonders schützenswerte Personendaten handle. Gilt diese Zusage nach wie vor?

Bundesrat Koller: Herr Rechsteiner hat mir mehrere Fragen gestellt.

Die erste Frage betrifft das Verhältnis von Persönlichkeitschutz und Archivierungspflicht in einem sehr umfassenden Umfang, wie sie jetzt aufgrund der Entscheide des Ständerates vor allem auch im Bereich der alten Staatsschutzakten gilt. Angesichts dieser weiter gehenden Archivierungspflicht, wie sie jetzt vom Ständerat für die Dossiereinsicht beschlossen worden ist und wie sie auch in diesem Bereich hier künftig zur Anwendung kommen soll, kann ich Ihnen, Herr Rechsteiner, zusichern, dass ich ein guter Fürsprecher des Persönlichkeitschutzes bin, denn im Dilemma zwischen Archivierung und Persönlichkeitschutz war der Bundesrat im Dossiereinsichtsbeschluss auf meinen Antrag hin zugunsten des Persönlichkeitschutzes weiter gegangen als danach der Ständerat. Es ist daher für mich selbstverständlich, dass der Persönlichkeitschutz entsprechend optimal abgesichert sein muss, wenn nun die Archivierung weiter ausgebaut wird.

Die zweite Frage, die Sie mir gestellt haben, betrifft einerseits Ripol und andererseits ZAR (Zentrales Ausländerregister). Die Verantwortung für dieses System liegt nach der Delegationsordnung bei den Bundesämtern. Das Bundesamt für Ausländerfragen, das für dieses ZAR-System zuständig ist und die Verantwortung trägt, hat sich auf den Standpunkt gestellt, dass das ZAR-System keine besonders schützenswerten Daten enthalte und dass deshalb die Zuschaltung der Grenzpolizeistellen datenschutzrechtlich unbedenklich sei. Ich habe aber angeordnet, dass diese Frage zusammen mit dem Dienst für Datenschutz im Bundesamt für Justiz noch einmal gründlich überprüft wird. Erst nach gründlicher Ueberprüfung werden wir die Frage der Zuschaltung des ZAR-Systems im Bereich der Grenzpolizeistellen dann neu entscheiden. Das ist die Ausgangslage.

Es ist ganz klar: Das ZAR-System war in seinem Konzept bewilligt. Es gibt auch eine entsprechende Verordnung, aber das ZAR-System hat sich natürlich neu nach den datenschutzrechtlichen Grundsätzen zu richten, wie wir sie hier im Gesetz festgehalten haben. Da besteht zurzeit innerhalb meines Departements noch eine Divergenz zwischen dem Bundesamt für Ausländerfragen und dem Dienst für Datenschutz. Wir werden nach Ueberprüfung dieser ganzen Angelegenheit in der Sache dann selber entscheiden. Der Entscheid muss selbstverständlich konform mit dem neuen Datenschutzgesetz sein. Ähnlich ist es auch in bezug auf die Frage zu Schengen. Sie wissen, dass wir ja nicht Mitglied des Schengener Abkommens sind, dass wir aber vor allem wegen der Zusammenarbeit im Rahmen des sogenannten Erstasylabkommens ein Interesse haben, diesem Abkommen beizutreten. Das Erstasylabkommen wird natürlich nur funktionieren, wenn wir tatsächlich einen operationellen Datenaustausch zwischen den beteiligten Ländern haben. Es ist ganz klar, dass das nur unter Einhaltung des neuen Datenschutzgesetzes möglich ist.

Rechsteiner: Herr Bundesrat Koller, ich habe eine Zusatzfrage zu Ihren Ausführungen.

In bezug auf die Datenschutzgrundsätze des Gesetzes, das wir jetzt gerade beraten, aber auch auf die allgemeinen Datenschutzgrundsätze ist es klar, dass auch bei nicht besonders schützenswerten Personendaten eine Verordnungsregelung vorhanden sein muss. Diese ist in bezug auf die Aufschaltung der ZAR-Daten auf das Ripol nicht vorhanden. Das heisst also: Auch in bezug auf die nicht besonders schützenswerten Personendaten ist keine Rechtsgrundlage vorhanden.

Es ist ja positiv, dass Sie das neu überprüfen und dann entscheiden wollen. Habe ich Sie aber richtig verstanden, dass diese Aufschaltung der ZAR-Daten auf das Ripol inzwischen

gestoppt ist, bis diese Ueberprüfung vorgenommen worden ist? Können Sie das noch etwas präzisieren?

Bundesrat **Koller**: Die Zuschaltung ist tatsächlich gestoppt worden, und sie bleibt gestoppt, bis die Fragen, die wir zurzeit zu klären haben, gelöst sind. Dann werde ich – und nicht das nach der Delegationsordnung bisher zuständige Bundesamt – über die Frage der Zuschaltung entscheiden.

Angenommen – Adopté

Art. 102quater Abs. 3; Art. 106 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 102quater al. 3; art. 106 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

90.075

Markenschutzgesetz

Protection des marques. Loi

Botschaft und Gesetzentwurf vom 21. November 1990 (BBI 1991 I 1)

Message et projet de loi du 21 novembre 1990 (FF 1991 I 1)

Beschluss des Ständerates vom 29. Januar 1992

Décision du Conseil des Etats du 29 janvier 1992

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

M. Ducret, rapporteur: Jusqu'à un passé relativement récent, la loi actuelle sur la protection des marques, dont l'entrée en vigueur remonte en 1890, a été considérée comme parfaitement adaptée aux besoins de son époque. Toutefois, depuis quelques années, elle ne correspond plus aux exigences de l'évolution économique, du progrès technique et du développement du droit international dans ce domaine.

Après une première tentative avortée, les travaux de révision de la loi furent repris en 1987 et 1988 par une commission d'étude mise en oeuvre par le Département fédéral de justice et police. Son avant-projet fut soumis à la procédure de consultation et servit de fondement au message du Conseil fédéral du 21 novembre 1990 et au projet de loi dont nous sommes saisis.

Ce projet tend à une réforme totale du droit suisse des marques. Il répond d'une part aux nombreuses et pressantes sollicitations des milieux intéressés, que ce soient les consommateurs, les titulaires de marques ou les associations professionnelles. Il est également compatible avec la législation européenne en la matière ainsi qu'avec les traités, accords et conventions du GATT et de l'OMPI. L'une des principales innovations de ce projet consiste à étendre la notion de marque aux marques de service, c'est-à-dire aux banques, compagnies d'assurances, agences de voyage et autres entreprises de service qui pourront, à l'avenir, déposer des marques pour leurs prestations. Il sera également possible à certaines conditions de déposer comme marque la forme du produit ou de son emballage.

Plusieurs autres innovations méritent d'être mentionnées. La qualité de marque particulière est reconnue à la marque de garantie de même qu'à la marque collective. Une protection spéciale est prévue pour les marques dites de haute renommée. Le titulaire d'une telle marque pourra s'opposer à toute utilisation portant préjudice au caractère distinctif ou à la bonne réputation de la marque. Le délai dans lequel la marque devra être utilisée passera de trois à cinq ans. La notion de l'usage de la marque sera étendue notamment à l'utilisation de la marque sur des produits destinés exclusivement à l'exportation.

Le projet innove en outre en remplaçant le principe de la priorité découlant de l'utilisation par celui de la priorité conférée par l'enregistrement. La marque n'appartiendra plus à celui qui l'a utilisée le premier mais, en règle générale, à celui qui l'a déposée le premier. Le droit de poursuite d'utilisation antérieure atténuera toutefois les rigueurs que pourrait provoquer le changement de système. La marque ne sera plus transmissible seulement avec toute ou partie de l'entreprise titulaire, le projet prévoit au contraire la libre cessibilité de la marque. Enfin, la durée de l'enregistrement sera réduite de vingt à dix ans. Toutefois, au terme de l'enregistrement, une simple prolongation remplacera l'actuel renouvellement.

Dans le cadre de la procédure de consultation, trois points de la révision ont été plus ou moins controversés. Ainsi, contrairement à ce qu'avait prévu l'avant-projet, le Conseil fédéral a renoncé à l'introduction d'une procédure d'opposition, principalement en raison du fait qu'elle aurait nécessité l'engagement de personnel qualifié ainsi que la création de dix postes supplémentaires qui occasionneraient des frais assez considérables. Se ralliant à une proposition de sa commission, le Conseil des Etats a réintroduit la procédure d'opposition qui permettra au titulaire d'une marque antérieure de s'opposer à un nouvel enregistrement auprès de l'Office fédéral de la propriété intellectuelle en lui évitant d'engager une procédure judiciaire. L'autorité compétente, la commission de recours en matière de propriété intellectuelle, statuerait définitivement dans le cadre de la procédure d'opposition. Enfin, lorsqu'il statuerait, l'office déciderait si et dans quelle mesure les frais de la partie qui obtient gain de cause seront supportés par celle qui succombe.

Notre commission a suivi sans discussion l'opinion du Conseil des Etats, laquelle est soutenue par les milieux professionnels. Cette formule élimine le risque d'oppositions arbitraires et chicanières. Une telle procédure est d'ailleurs connue de la plupart des pays étrangers dotés d'une législation récente sur la protection des marques.

Deuxième sujet de controverse: la partie de l'avant-projet relative aux indications de provenance et aux emblèmes de souveraineté a donné lieu à de nombreuses critiques lors de la consultation. La nouvelle version est plus claire et plus simple que le texte original. Il a été renoncé à inclure les armoiries publiques et autres signes publics dans la nouvelle réglementation, de sorte que la loi sur la protection des armoiries peut être finalement conservée, ce qui ne manquera pas de satisfaire bon nombre de cantons qui s'étaient inquiétés de son abrogation lors de la procédure de consultation.

Le troisième sujet important de la révision qui a été beaucoup discuté concerne le problème posé par le problème de l'épuisement international du droit à la marque, par opposition au principe de l'épuisement national. Le premier s'applique à la protection d'une marque dès qu'elle est mise en circulation, où que ce soit dans le monde; le second ne prend effet que lors de l'entrée de la marchandise en Suisse. La commission d'étude a refusé de régler l'épuisement international et le Conseil fédéral s'est rallié à cette opinion. Il faut savoir toutefois que le Traité sur l'Espace économique européen prévoit une extension de l'épuisement sur le territoire européen, c'est ce que l'on appelle l'épuisement régional. Selon le Conseil fédéral, l'adoption d'une disposition formelle correspondant à la nouvelle loi sur la protection des marques ne paraît pas nécessaire, même dans l'hypothèse d'une adhésion de la Suisse à la Communauté européenne. En effet, les directives et la réglementation du Conseil des ministres de la Communauté sur les marques communautaires font partie de ce que l'on appelle

Datenschutzgesetz (Datenbearbeitung auf dem Gebiet der Strafverfolgung)

Protection des données. Loi (Traitement des données en matière de poursuite pénale)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	Ad 88.032
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	10.03.1992 - 08:00
Date	
Data	
Seite	393-395
Page	
Pagina	
Ref. No	20 021 010

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.